

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

## Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Weg des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ führt in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich RM. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich RM. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

„Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelaperte Nonpareilgröße über deren Raum mit 50 Pfg., die Restzeile mit RM. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878

Nr. 70

Nastätten, Donnerstag, den 16. Juni 1921

44. Jahrgang

### Die Wahrheit über 1914.

Die vor kurzer Zeit veröffentlichten Ermittlungen des Untersuchungs-Ausschusses des Reichstages über den Kriegsbeginn von 1914 sind jetzt wieder weitere Ergänzungen durch Veröffentlichungen, herausgegeben vom Marine-Archiv, über die Tätigkeit unserer Flotte in dem ersten Kriegsstadium. Es hat in der Tat an Unbegreiflichkeiten nicht gefehlt, die sich eben nur dadurch einigermassen begreifen lassen, daß unsererseits nicht an den so nahen Krieg gedacht, und daß außerdem noch der Gegner falsche Beurteilung oder unterschätzte wurde.

Für diese falsche Beurteilung lieferte der damalige deutsche Reichskanzler den besten Beweis. Es lag auf der Hand, daß ein deutscher Seegangriff auf England sofort nach Eingang der britischen Kriegserklärung und vornehmlich einen großen militärischen Erfolg gebracht und jedenfalls einen gewaltigen moralischen Eindruck in der ganzen Welt gemacht haben würde. Großadmiral v. Tirpitz empfahl ein solches Vorgehen dringend, aber Bethmann Hollweg war dagegen, weil England dadurch bis auf Blut gereizt werden würde. Der Reichskanzler verkaufte den englischen Charakter vollständig, obwohl er aus der Geschichte hätte wissen können, daß Großbritanniens niemals Schonung gegen seine politischen, militärischen und kommerziellen Gegner gekannt hat.

So wenig war die Bedeutung des Weltkrieges bei seinem Beginn an leitender deutscher politischer Stelle erfasst worden. Und es ist traurig, sagen zu müssen, in der militärischen Oberleitung stand es nicht besser. Am Juli 1914 war der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte Graf Stürgel beim Grafen Moltke, dem Chef des Großen Generalstabes in Berlin, um das Deutsche Reich zum Vorkriegsstand gegen Rußland zu veranlassen. Wenn Graf Moltke dieses Ansinnen mit der Erklärung abgelehnt hätte, daß der Friede noch nicht unrettbar gefährdet sei, so wäre das verständlich gewesen, aber der deutsche Generalstabschef erwiderte: „Ihr Oesterreicher habt ja eine gute Armee, ihr werdet mit den Russen allein fertig werden.“ Wenn solche Auffassungen herrschten, so wird es allerdings begreiflich, daß Hindenburg erst in zwölfter Stunde, als die Not im Osten schon riesengroß geworden war, berufen wurde.

In Sachen der Aktion der deutschen Marine war es für uns vom größten Nachteil, daß nichts für ein sofortiges gemeinsames Vorgehen des deutschen Heeres und der deutschen Flotte nach Westen hin vorbereitet wurde. Es ist nichts geschah, um den Transport der britischen Truppen nach Frankreich zu hindern.

Als man sich endlich dazu entschloß, war der günstige Moment verpaßt. Und auch nach dem Osten hin gegen Rußland lassen sich solche Versäumnisse nachweisen, die daraus entstanden sind, daß in Berlin keine klare Einsicht in der Lage herrschte und die geschlossene Uebereinstimmung zwischen Politik, Militär und Marine fehlte.

Die Art der Behandlung der internationalen Angelegenheiten hatte sich gerächt. Wir hatten uns mit dieser Art Politik selbst faktisiert, wir bewegten uns in Illusionen, und als der kritische Zeitpunkt da war, versagte die notwendige scharfe Erkenntnis für die wahren Absichten und die tatsächlichen Kräfte der Gegner.

### Die Deckung der Reparations-schuld.

Pläne des Reichswirtschaftsministeriums.  
In der ersten vertraulichen Sitzung der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats, die das deutsche Reparationsprogramm ausarbeiten sollen, gab der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eine Erklärung darüber ab auf welche Weise er die zur Deckung der Reparations-schuld nötigen Milliarden heraus zu wirtschaften hofft. Es seien im ganzen 3½ bis 4 Milliarden Goldmark über 50 bis 60 Milliarden Papiermark in Goldwerten aufzubringen. Die 20 prozentige Ausfuhrabgabe soll einen Teil dieser Leistungen bringen. Sie soll als Index unserer Leistungsfähigkeit gelten. Kann aber dabei unsere Ausfuhr

gana erdroffeln. Hier einen besseren Index zu finden, ist Aufgabe des Reichswirtschaftsrates.

**Hohe Steuern, hohe Preise, hohe Löhne.**  
Die Hauptaufgabe ist eine bedeutende Erhöhung der Staatseinnahmen, besonders müssen die Steuern weit erträglicher werden. Es ist weiterhin unmöglich, auf Kosten des Staats durch Erhöhung der Schuldenlast die Preise gewisser lebensnotwendiger Produkte künstlich niedrig zu halten. Diese Preispolitik hat niedrige Löhne und in manchen Industrien eine ungesunde Exportprämie zur Folge gehabt. Sowie sie aufgegeben wird, ist auch ein Ausgleich der Löhne- und Gehälter notwendig.

Auch eine andere Art der Steuererhebung sei zu erwägen. Weiter käme die Schaffung von neuen Monopolen in Frage, ferner müsse die Gewinnbeteiligung des Reiches bei Betrieben, ähnlich wie sie schon bei der Reichsbank besteht, ernstlich ins Auge gefaßt werden. Zu diesen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers gab Staatssekretär Dr. Hirsch noch einige Ergänzungen. Er setzte die zu lösenden Fragen über die Ausfuhrabgabe, die Ein- und Ausfuhrkontrolle auseinander, streifte dann die Frage der inneren Finanzierung der Kosten der notwendigen Steuererhöhungen, insbesondere der Kohlen- und Umsatzsteuern, und der besonderen Besteuerung der Goldwerte und gab zum Schluß Richtlinien für die Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Reiches.

### Die künstliche Verbilligungsaktion müsse aufhören.

Die Selbstkosten der Produktion würden dann auf das durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Maß steigen und sich den Weltmarktpreisen anschließen. Die daraus in Deutschland entstehenden Zwischenverlusträume der Abdeckung der Reparationslast. Dadurch werde einerseits das sogenannte Valuta-Dumping und damit auch die Wechselkursprobleme der anderen Länder vermieden, andererseits zwinge dieser Druck zu einer Rationalisierung der Wirtschaft, die anders in anderer Weise nicht zu erreichen sei. Die Produktionsgrundlage werde auch erweitert werden durch Deckung des Glatts und damit innere Festigung der Währung. Das Endeziel der Regierung für ihre Maßnahmen sei stets die Erhöhung der Produktivität, die dem deutschen Volk verbleibe und dauernd nutzbar wird, auch wenn einst die Lasten abgetragen sind.

### Die Erfüllung des Vertrages.

Der Streit in der Reparationskommission.  
Ueber gewisse Fragen, die den Artikel 235 des Friedensvertrages betreffen, hat sich die Reparationskommission immer noch nicht einigen können. Es handelt sich außer um die Festlegung des Preises der von dem Deutschen Reich auf dem Wasserwege gelieferten Kohlen, um die Festlegung des Betrages der belgischen Kriegsschuld und ferner um die Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Alliierten. Die Reparationskommission hat nunmehr die Alliierten Regierungen ersucht, sich zunächst untereinander zu einigen. Infolgedessen sind zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien Verhandlungen eingeleitet worden.

### Die erste Milliarde.

Nach einer amtlichen Mitteilung der Reparationskommission hat Deutschland bis zum 10. Juni rund 840 Millionen Goldmark in fremden Devisen gezahlt. Der liberale Markt Betrag von etwa 40 Millionen Goldmark wird zur Amortisierung eines Teiles der vorerwähnten Schatzbons Verwendung finden.

### Die Sozialversicherung in den abgetretenen Gebieten.

Im Artikel 312 des Versailler Vertrages verpflichtet sich Deutschland, an diejenigen Mächte, an welche Deutschland Gebiet abzutreten hat, denjenigen Teil der von der deutschen Regierung oder der unter ihrer

Aufsicht tätigen öffentlichen oder privaten Körperschaften angesammelten Reserven abzutreten, welche bestimmt sind, in diesen Gebieten den Dienst aller sozialen und staatlichen Versicherungen zu decken. Die auf Grund dieses Artikels eingesetzte Kommission, die aus einem Vertreter der französischen Regierung, einem Beheimrat beim Arbeitsministerium in Berlin und drei Mitgliedern des internationalen Arbeits-Bureaus bestehen, hat ihre Arbeit in Basel abgeschlossen. Sie hat die Kapitalien, die von Deutschland überschrieben werden, in Pauschalsumme festgelegt und ihre Beschlüsse dem Präsidenten des Völkerbundes unerbittert, der in letzter Linie die Entscheidung zu treffen hat.

### Das Wiedergutmachungs-Problem.

#### Unterredung Rathenaus mit Voucheur.

Der deutsche Wiederaufbauminister Dr. Rathenau ist in Wiesbaden am Sonntag mit dem französischen Wiederaufbauminister zu einer Besprechung zusammen gekommen. Auch der französische Kultusminister Bernand ist dort eingetroffen, während sich in der Begleitung Rathenaus Staatssekretär Müller befindet.

Die Regierungen beider Länder haben die geplante Zusammenkunft lange zu verheimlichen gesucht. Als am Sonnabend in Berlin Gerüchte dieser Art bekannt wurden, wurde halbamtlich dementiert, daß Rathenau die Absicht habe, nach Paris zu gehen und daß eine derartige Reise auch nie geplant ist. Noch am Sonntag wurde auf Anfrage an zuständiger Stelle mitgeteilt, daß Dr. Rathenau in Berlin weile. Diese bewusste Irreführung der Öffentlichkeit erscheint ganz unverständlich, besonders da man sich über den Wert einer solchen Zusammenkunft allzusehr klar sein dürfte und diesen Weg in der deutsch-französischen Politik nur begehren wird. Von amtlicher deutscher Seite wird folgender Bericht über die Unterredung verbreitet:

Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau hat sich nach Wiesbaden begeben, um mit dem französischen Minister für die besetzten Gebiete, Voucheur, zu zweitägigen Besprechungen zusammenzutreffen. Es wurden die Fragen der internationalen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem in ausführlicher persönlicher Aussprache der beiden Minister erörtert. Es kamen dabei die Fragen der Sachleistung, Arbeitsleistung und Finanzleistung zur Sprache. Ferner soll eine Reihe von Einzelfragen erörtert werden. Uebereinstimmung herrschte in dem Bestreben, die Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in großem Ausmaß und in verstärktem Tempo zu fördern.

### Der Ort des Schreckens.

#### Näherung des Industriebezirks?

Nach den neuesten Meldungen des Timeskorrespondenten soll es der A. A. in Oppeln gelungen sein, auf die Deutschen sowohl wie auf die Polen dahin zu wirken, daß sie sich zum Rückzug bereit erklären. Man habe umso mehr Hoffnung, daß diese Aufgabe eingehalten werde, da die Alliierten bisher stets zum Gehorsam gezwungen werden konnten. (Das würde beweisen, daß die A. A. bisher also keine Liquidierung des Aufstandes und keine Einstellung der Grenz von den Polen verlangt hätte.) Als Beweis für diese Behauptung wird angeführt, daß die Insurgenten kürzlich einen Angriff auf Gleiwitz auf Wunsch der Alliierten unterlassen hätten. Der neue Plan der A. A. geht dahin, daß sich der deutsche Selbstschutz bedeutend von der Oder zurückziehen solle und daß gleichzeitig die Insurgenten das Aufstandsgebiet bis zur Grenze von Lubitz und Ratibor räumen müßten. Die Engländer hätten unter Umständen mit Gewalt für die Durchführung dieser Bewegungen zu sorgen. General Gougeon sei hierfür auch bereits die nötigen Vollmachten erteilt. Auch würden im Notfall englische Verstärkungen herangezogen werden. Als ersten Verlust haben die englischen Truppen die Ermordung eines Unteroffiziers der Garde zu verzeichnen.

### Berminderte Kampftätigkeit.

An der Front ist es jetzt weitentlich ruhiger geworden. Es liegt dies zum großen Teil daran, daß die Alliierten sich zwischen die Deutschen und Polen gedrängt haben. Der Rückzug der Führer aus Rosenberg hält an, ohne daß von den Alliierten auch nur der Versuch gemacht würde, sie zu entfangen. Kandzajn wird weiter beschossen. Dagegen nehmen die Insurgenten weitere Sprengungen vor. Tarnowis ist nach der Ankunft zweier französischer Generäle geräumt worden. Der Schaden in der Stadt ist außerordentlich groß. In den belagerten Städten sind infolge der Lebensmittelmangel und des Wassermangels Märsen Erkrankungen in Grippe und Ruhr erfolgt. Korsantow hat einen neuen Ausbruch erlitten, in dem er mit der Verletzung aller Werke droht, falls der deutsche Selbstschutz in das Industriegebiet einrücken sollte.

### Frankreich fordert volle Genugtuung.

Nach Mitteilungen des „Echo de Paris“ hat Briand erklärt, daß er sich mit der deutschen Entschuldigung wegen des Vorkalles in Kalinow nicht begnügen könne. Der französische Vorkfall in Berlin sei angewiesen, von der deutschen Regierung volle und genaue Genugtuung zu verlangen. Auch hoffe er, die Einwilligung Englands für eventuelle Sanktionen zu erhalten. Frankreich zeigt hier wieder einmal sein wahres Gesicht. Sein wahres Ziel ist, das Deutsche Reich immer von neuem zu demütigen und in tiefster Ohnmacht zu erhalten.

In Berlin ist an amtlicher Stelle von einem solchen Schritt nichts bekannt. Auch ist nach Lage der Dinge nicht zu erwarten, daß ein solcher erfolgt.

### Immer noch Gegenfah zwischen England und Frankreich.

In der oberflächlichen Frage besteht immer noch ein scharfer Gegenfah zwischen England und Frankreich, besonders da die englische Regierung den englischen Truppen Vollmacht zu jeder notwendigen Maßnahme erteilt hat. Während Frankreich diese Frage nur vom Standpunkt seiner persönlichen Wünsche betrachtet, erwägt England ernstlich das europäische Gesamtinteresse, das baldige geordnete Verhältnisse in Oberösterreich und damit eine baldige Entscheidung des Obersten Rates verlangt. Zwar hat auch Briand im Kabinettsrat erklärt, daß er die Autorität der A. A. wiederhergestellt sehen möchte, dennoch aber verbit sich hinter seinen Worten ein anderer Sinn. Zur Rede Churchill's schreibt der „Temps“, daß die Sicherheit, die Frankreich von Deutschland erhalten müsse, von der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands abhängig sei und daß die Frage der Reparationen auch von den Hilfsquellen abhängen, die Deutschland im Osten und in Uebersee finden werde. Weidens aber seien Fragen, über die man mit der englischen Regierung zu einer Verständigung kommen könne.

### Frankreich stimmt England zu.

Nun endlich ist die französische Antwort auf die englische Note betreffend das Vorgehen in Oberösterreich eingetroffen. Frankreich erklärt darin, daß es der englischen Auffassung beitrete und General Le Nord bereits Instruktionen erteilt habe, um ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten gegen die Insurgenten zu gewährleisten. Es heißt aber, daß Le Nord noch Vorbehalte macht.

### Behinderung der Säuberungsaktion.

Von neuem ist eine Verzögerung in der Säuberungsaktion der Alliierten in Oberösterreich eingetreten. Die alliierten Generale haben Verhandlungen mit dem Selbstschutz und den Polen begonnen, deren Ergebnis man mit recht zweifelhaften Empfindungen erwarten muß. Der Vorschlag der A. A. ging dahin, beide Parteien sollten zu gleicher Zeit mit der Entwaffnung und der Räumung der besetzten Gebiete beginnen. Dem stimmten die Deutschen nicht zu, da sie mit Recht befürchteten, daß die Polen die Vereinbarungen nicht einhalten würden und so die Deutschen auch ihres letzten Schutzes beraubt würden.

Ein weiterer Vorschlag der A. A., die Deutschen sollten drei Tage später wie die Polen mit der Entwaffnung beginnen, stieß

auf den Widerstand der Polen. So auch die Verhandlungen weiter, ohne daß man einer Vereinbarung wesentlich näher gekommen wäre. Außerdem aber setzen sich die Polen immer weiter und so wird die Gefahr größer, daß vollendete Tatsachen von ihnen geschaffen werden können.

**Wiederankommen des Kampfes.**  
An der Kampffront haben die Polen mit neuen Anrissen begonnen, die bisher aber alle abgelehnt wurden. Im Kreis Ratibor waren einige Ortschaften vom Selbstschutz geräumt, nachdem die P. erklärt hatte, daß sie die Polen hindern würde, sie zu besetzen. Jetzt sind die Polen trotzdem dort von neuem eingerückt; ein neuer Beweis für die Autorität der P. A. über die Polen und für die Unmöglichkeit, den Grenzschutz zur gleichen Zeit mit den Polen aufzulösen. Korfanti richtet sich immer mehr häuslicher ein. Er macht sich Befugnisse an, die der P. A. zustehen. So hat er eine Neuorganisation des Schulunterrichts angeordnet und andere Maßnahmen befohlen, die in die Verwaltung der Behörden eingreifen. Die Not der Bevölkerung nimmt verhängnisvolle Formen an. Immer wieder in allen Hoffnungen getäuscht, muß man die fabelhafte Geduld und Disziplin der Deutschen bewundern, muß aber befürchten, daß diese eines Tages angeichts des Bögers der Alliierten ihr Ende erreicht haben wird und daß die verzweifeltsten Menschen Sandburgen unternehmen, die das Land der Vernichtung anheim fallen lassen und unabsehbare Folgen zeitigen würden.

### Hölz vor seinen Richtern.

Max Hölz, der während seiner wenig rühmlichen Nordbrennerzeit im schwer gepflügten Mitteldeutschland fast zu einer sagenhaften Gestalt geworden war, steht jetzt vor seinen Richtern. So ziemlich alles, was das Deutsche Strafrechtbuch an Verbrechen kennt, wird dem Hauptling a. D. der Noten Armee zur Last gelegt. An dicken Bänden sind die Akten dieses blutigen Kommissarhelfers geschwollen und nicht weniger als 50 Straftaten zählt die Anklage auf. So daß das Sondergericht des Landgerichts I in Berlin wohl eine Woche dem Prozeß gegen Hölz widmen muß. Das äußere Aussehen des Angeklagten läßt nicht gleich auf einen ausgesprochenen Verbrechertyp schließen. Er ist ein Mann in den 30er Jahren, seines Reichens eiaentlich Techniker, und läßt eher einen Handelsreisenden erkennen. In Wirklichkeit ist er der Urheber all des Schreckens gewesen, der in den blutigen Märschen in Mitteldeutschland und schon vorher im Vorkampfe unheilvolles Leid verschuldet hat und unerlösbare Werte der deutschen Volkswirtschaft vernichtet ließ. Man kann sich daher leicht vorstellen, daß das Berliner Kriminalgericht, in dem die Verhandlung stattfindet, in den Tagen des Prozesses ein äußerst beehrtes Gebäude unzähliger Neuakterien und Interessenten ist. Da man aber bei solcher Gelegenheit allerlei hebliche Mord- und Böllensinstrumente in die Verhandlung schmeißen kann, hat man ein großes Polizeiaufgebot zu der Verhandlung beordert.

#### 1. Verhandlungstag.

Berlin, den 13. Juni 1921.  
Schon zu Beginn des Hölzprozesses, als die Personalien Max Hölz's festgestellt werden sollen, kommt es, nachdem die Anklage die unter den zahlreichen dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen 15 schwerste Verbrechen aufzählte, verlesen ist, zu einem außerordentlichen beachtenden Redewechsel zwischen dem Vorsitzenden und Hölz. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Sind Sie der Angeklagte Hölz?“ antwortet der letztere: „Ehe ich auf diese amtlich gestellte Frage antworte, möchte ich eine Erklärung abgeben: Während der Voruntersuchung habe ich prinzipiell jede Auslassung abgelehnt. Wenn ich jetzt auslaßen will, so ändere ich damit an meiner prinzipiellen Gesinnung nichts. Ich fühle mich nicht als Angeklagter, sondern eher als Akteur gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Vertreter Sie sind, und wenn Sie mich hierher zitieren, so geschah dies nur, weil Sie die Macht haben.“ — Auf die üblichen Fragen zur Feststellung der Personalien verweigert H. die Auslassung und betont, daß er sich nur äußere, soweit „er der Sache, der er dient, nicht schadet“. Er beantragt sich daher auch in der ganzen Verhandlung mit sehr lockeren Neukerben, und über keine Motive zur Teilnahme an dem mitteldeutschen Putsch erzählt man nur, daß er es für seine „revolutionäre Pflicht“ gehalten habe, sich zur Verfügung zu stellen.

Als der Vorsitzende dem Angeklagten blutrünstige Anrufe in denen von der „Abschlachtung der Bourgeoisie“ gesprochen wird, vorhält, gibt Hölz an, daß er von solchen Anrufen seine Einwilligung gegeben habe, daß die Abschichtung der Mörder oder die Tötung von Menschen jedoch nicht beabsichtigt gewesen sei. Es sei nicht geplant worden, die ausgesprochenen Drohungen in die Tat umzusetzen. Es sollte durch derartige Einschüchterungen verhindert

werden, daß die Reichswehr weiter vorrückt. Jeder hätte so gewinkt, daß es sich nicht um den Endkampf des Proletariats handelte. Es müßten also die Menschenleben geschildert werden.

Auf diese Erklärung läßt der Vorsitzende dem Angeklagten eine Morbidität und das Schreien auf einen Kaufmann und dessen Kinder vor, worauf Hölz die Erklärung abgibt, daß die Note Armee im Vorkampfe wohl die Gewalt in den Händen hatte, sie aber trotzdem nie mißbraucht, sondern nur „weckmäkig ausgenutzt“ habe. Ueber seine Militärzeit teilt Hölz mit, daß er während des Krieges, den er vier Jahre lang mitgemacht habe, als Kurier und Messbereiter bei Amiens von einer schweren Granate verletzt und dann als D. U. entlassen worden sei. — Auf die Frage nach den Wintermännern des Kommunismus, insbesondere, ob Rußland den Aufstieg organisierte und finanziert habe, antwortet der Angeklagte: „Der Aufstieg in Mitteldeutschland ist nicht von Kommunisten, auch nicht von russischer Seite hervorgerufen worden, sondern er wurde provoziert von den Behörden und dann hat das Feuer weiter um sich gerissen.“

### Die Sachverständigen.

Es folgt dann die Vernehmung der Sachverständigen. Ueber die Intelligenzprüfung des Angeklagten berichtet Gerichtsarzt Dr. Birck, der feststellt, daß Hölz kein geistig übertragender Mensch sei, daß er andererseits aus von keiner Geisteskrankheit, die Voraussetzungen für die Anwendung des Paragra. 51 schaffe, die Rede sein könne. Hölz sei nur nervös und psychopathisch, im Felde hätten sich seine Nerven noch verflüchtigt.

### Deutsches Reich.

Der Reichswirtschaftsrat nahm in seiner Vollsitung am Freitag den Vorkampfe an, ferner einen Antrag, wonach der veräußerte Vorkampfe nicht der Mindestverkaufspreis für Anrufer und Anruferinnen bleiben soll. Weiter wurden u. a. Anträge auf Abschlußmaßnahmen über die übermäßige Belastung der Spartassen mit Kriegsanleihe, auf Erhebung einer Sondersteuer für Kraftfahrzeuge und auf Gewährung von Fahrpreisermäßigungen für Erwerbslose bei Eintritt einer auswärtigen Arbeitsstelle angenommen. Schließlich vertagte man sich auf unbestimmte Zeit.

Generalstreik in München. Der von sozialistischen Parteien und den freien Gewerkschaften gebildete Aktionsausschuss hat für ganz Bayern einen dreitägigen Generalstreik wegen der Ermordung des Abg. Gareis ausgerufen. Der Streik begann in München am Freitag in der Nacht 12 Uhr, aber schon am ersten Tage stellte sich heraus, daß der Streik nicht einheitlich durchgeführt werden konnte. Nur 30 bis 40 Prozent der Arbeiter streikten, und zwar nur die großen Betriebe, die bürgerlichen Leitungen erschienen nicht. Die Straßenbahn wurde aber durch die Arbeiter selbst zur Wiederaufnahme des Verkehrs gezwungen. Für den Mitttag war eine Mieserversammlung auf der Theresienwiese geplant, sie wurde aber vom Polizeipräsidenten verboten. Die Polizei hat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen. Die mit allem Eifer betriebenen Nachforschungen nach dem Mörder waren bisher ergebnislos.

Ausbreitung des bayerischen Streiks. Die Erregung über die Ermordung des unabhängigen Führers Gareis zieht in der bayerischen Arbeitererschaft unter den radikalen Elementen immer weitere Kreise. So haben jetzt auch die Eisenbahner in München den Streik schloffen, allerdings beteiligen sich daran nur die radikaleren Werkstättenarbeiter, so daß der Verkehr ungehindert fortgesetzt werden kann. In Nürnberg wurde ein 24stündiger Generalstreik verkündet, an dem sich jedoch nur die großen Werke beteiligen. Auch in Fürth und in Koburg sind Streiks ausgerufen worden. In Berlin finden Protestversammlungen der S. P. D., der U. S. P. D. und der B. K. P. D. statt. — Die Nachforschungen der Polizei nach dem Mörder Gareis dauern noch an. Es werden bestimmte Spuren verfolgt, ohne daß es bisher möglich war, den Täter zu ermitteln.

Eine Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes. Bereits vor einiger Zeit hatte die Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes, Sekretär Jimmen-Nielsen, und das Vorstandsmittglied Johann-Paris vergeblich versucht, eine Informationsreise durch Oberösterreich anzutreten. Sie hatten keine Einreise-Erlaubnis erhalten. Nunmehr sollen sie dieser Tage in Ljubljana eintreffen, um sich an Ort und Stelle ein Bild von den dortigen Verhältnissen machen zu können.

Keine Verlängerung der Entwaffnungsfrist. Entgegen verschiedenen Zeitungsberichten, daß für die Auflösung und Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren die Fristen von der Vorkampferkonferenz verlängert seien, wird von amtlicher Stelle erklärt: „Auf Grund der durch die Presse gegangenen Meldung, daß die Vorkampferkonferenz für die Auflösung und Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren weitere Fristen in Aussicht genom-

men habe, hat die Reichsregierung sofort amtliche Erkundigungen einzuholen und die Mitteilung erhalten, daß die Nachricht unzutreffend sei. Die Vorkampferkonferenz hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Frage der bayerischen Einwohnerwehren überhaupt nicht befaßt und insbesondere eine Verschiebung der Termine nicht beschlossen.“

Reichsminister Schiffer über die Erweiterung der Koalition. In Maadburg fand eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei statt, in der Reichsminister Schiffer sprach. Grundsätzlich der inneren Politik betonte der Minister, daß die Demokratische Partei die Tür für die Deutsche Volkspartei offen halten wolle zu sachlicher Zusammenarbeit. Nach dem Schlußwort des Ministers wurde eine auf seine Rede Bezugnehmende Entschließung gefaßt.

Seine Ermächtigung der sozialen Ausfuhrabgabe. Amlich wird gemeldet: Durch die Annahme des Ultimatum hat Deutschland sich verpflichtet, Maßnahmen, die eine Verminderung des Exportertrages der Entente herbeiführen können, nur im Einvernehmen mit dem Garantekomite der Entente zu treffen. Da die Reichsregierung eine peinlich genaue Innehaltung der Reparationsverpflichtung beabsichtigt hat, können hierauf weitere Ermäßigungen des Ausfuhrabgabentariffs vorerst nicht in Kraft gesetzt werden. Sobald das Garantekomite der Entente seine Forderungen aufgestellt hat, werden die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet werden. Bis dahin sind weitere Anträge auf Ermäßigung des Ausfuhrabgabentariffs aussichtslos.

Ein Zollermäßigungsgezet. Dem Reichstag ist der vom Reichsrat genehmigte Entwurf eines Gesetzes zugegangen, das die Reichsregierung bis zum 1. Juli 1922 ermächtigt, im Falle eines bestimmten wirtschaftlichen Bedarfs für bestimmte Warenarten vorübergehend die Zölle des allgemeinen Tarifs bis auf die am 31. Juli 1914 gültig gewesenem Vertragszölle herabzusetzen oder, sofern die Waren an diesem Tage vertragsmäßig zollfrei waren, ganz auszuheben. Das Gesetz ist notwendig geworden, weil mit dem Abg. Gareis der letzten Tarifverträge aus der Vorkriegszeit (des deutsch-schweizerischen und deutsch-österreichischen) am 30. Juni d. J. die Zollfrage des allgemeinen Tarifs in Geltung treten. Diese sind zwar für viele Waren noch Erleichterungen, aber für einzelne z. B. für Rohgerbstoffe und Gerbstoffauszüge so hoch, daß sie nicht getragen werden können. Ihre Herabsetzung soll durch das Gesetz ermöglicht werden.

Mietssteigerung in Aussicht. Der Reichstag verhandelt jetzt über das Mietssteuergesetz, den Ertragssteuern bis zu 10 Prozent des Nutzungswertes der Häuser von 1914 einbringen soll. Die Steuer wird auf die Mieter abgewälzt. Außer diesem Mietssteuergesetz wird der Reichstag über das Grundsteuerrecht Beschlüsse fassen. Auch das Grundsteuerrecht wird eine kräftige Steigerung der Mieten zur Folge haben. Alle drei Gesetze sind für das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter unannehmlich und es ist zu hoffen, daß dieses oft unruhige Verhältnis durch die gesetzliche Regelung einer stetigeren Entwicklung weicht.

Letzterung der Rheinzollgrenze? Der erste Schritt zum Abbau der Zwangsmaßnahmen an der Rheinzollgrenze scheint jetzt endlich zu erfolgen. Die Rheinzollkommission, die von sich aus berechtigt ist, die Verkehrskontrolle am Rhein aufzuheben oder einzuschränken, beabsichtigt, von dieser Kompetenz Gebrauch zu machen, und zwar zum mindesten einen sehr großen Teil des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet durch umfangreiche Erweiterung der Freilisten vollständig freizumachen. Hierüber und über die gesamten Zollbestimmungen kann aber von den gesamten Besatzungsorganen überhaupt nicht entschieden werden. Es ist dies vielmehr den Regierungen der Alliierten vorbehalten, deren Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkte zur Stunde noch nicht ausgeglichen sind.

Eine Sühnaktion in Diebrich. In Diebrich war vor etwa acht Tagen die französische Fregatte von dem dortigen Soldatenheim, einer früheren deutschen Turnhalle, heruntergestoßen worden. Die Stadt Diebrich hat für den Ersatz einer neuen Fregatte Sorge tragen müssen, und es fand eine militärische Feierlichkeit in Anwesenheit des französischen Kommandanten statt, bei der die neue Fregatte abgeliefert wurde. Der Bürgermeister von Diebrich mußte sich im Namen der Stadt wegen der Vorkommnisse entschuldigen.

Die dänische Kinderhilfe. Mehrere dänische Reichstagsabgeordnete sind in Berlin eingetroffen und haben die Notlage der Profetarierkinder im Norden und Osten in Augenschein genommen. Von dort reifen sie noch Ehemaligen weiter. Sie werden sich acht Tage für diese Studien in Deutschland aufhalten.

Im ganzen Deutschen Reich fanden große Kundgebungen für die in Avignon festgehaltenen 115 deutschen Soldaten statt. — Auf Grund der Verhaftung eines britischen Konsulsbeamten droht der englische Gesandte in Warschau mit der Abreise. — Ädnia Konstantin ist in Smyrna auf einem Kriegsschiff angetroffen.

## Ausland.

**Dänemark.**  
Die deutsche Sprache in Dänemark. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen deutsche Geschäftsleute die Druckmaschinen in fremden Sprachen, namentlich in englischer oder französischer, nach Dänemark verschicken. In Dänemark verstehen fast alle Geschäftsleute deutsch (lediglich ist deutsch diejenige fremde Sprache, die dort am meisten verbreitet ist, auch mehr als englisch), und es liegt nicht im deutschen Interesse, diesen Zustand durch Verschickung anderer sprachlicher Druckmaschinen zugunsten anderer Sprachen zu verändern.

**Schweiz.**  
Der Rat des Völkerbundes wird am 17. Juni in Gené zu einer Sitzung zusammenzutreten. Aus der sehr umfangreichen Tagesordnung sind für uns folgende Punkte bemerkenswert: Die deutschen Proteste gegen die Anwesenheit französischer Truppen und die Anwendung der französischen Militärgesetzgebung im Ruhrgebiet, gegen die Ausweisung von Einwohnern aus dem Ruhrgebiet und gegen die Gehaltszahlung in französischem Gelde für gewisse Beamte. Hierüber soll der chinesische Delegierte berichten. Der japanische Delegierte wird über Angelegenheiten des Freistaates Danzig, dessen Verfassung, den Danziger Waffenhandel, die Verteidigung des Freistaates usw. berichten.

## Um das Landwirtschaftsministerium.

Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes hat dem preussischen Ministerpräsidenten folgende Eingabe übersandt: „Seit der Neugestaltung des Kabinetts im Reich wird die Presse immer wieder darauf hingewiesen, daß auch in Preußen eine dementsprechende Besetzung der Ministerposten erfolgen müsse. In diesem Zusammenhang wird der frühere Landwirtschaftsminister Braun wiederum als Kandidat für diesen Posten genannt.“

Es ist nicht Sache unserer wirtschaftspolitischen Organisation, uns irgendwie in die politische Besetzung dieser Ämter einzumischen. Wir halten uns aber für berufen und verpflichtet, den Herrn Ministerpräsidenten und alle für Sicherung der Volksernährung verantwortlichen Stellen darauf hinzuweisen, daß die Brandenburgische Landwirtschaft im Verein mit dem Reichs-Landbund vereinigten deutschen Landwirtschaft sich diesen Minister gegen die Landwirtschaft nicht von neuem gefallen lassen wird.

Wir weisen in diesem Zusammenhang mit allem Ernst darauf hin, daß die Verantwortung über die Möglichkeit der Wiederbesetzung des Landwirtschaftsministeriums durch diesen Mann von Tag zu Tag stärker wird. Wir halten diese Erregung für berechtigt und würden nicht in der Lage sein, sich etwa daraus ergebende Folgen hintanzuhalten.

Wir halten die Besetzung gerade dieses Ministerpostens mit einem unparteiischen Fachmann unter den heutigen Verhältnissen für eine zwingende Notwendigkeit, wenn anders es der hohen Staatsregierung wirklich in erster Linie darauf ankommt, die Produktion zu heben und dadurch die Sicherung der Volksernährung aus heimischen Erzeugnissen zu fördern.

Die politische Besetzung dieses Postens wird im Interesse des politischen Stimmungslanges auf dem Lande die Gegenstände politischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer weiter verschärfen, dadurch zur weiteren Ausbreitung ländlicher Streiks beitragen und die Vernichtung eines großen Teils der heimischen Produkte herbeiführen.

Wir bitten sehr ergebenst, diese Darlegungen bei der Frage einer Neubesetzung des Postens des preussischen Landwirtschaftsministers berücksichtigen zu wollen.“

## Heimatliches.

Rastätten, 15. Juni 1921.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19. ds. Mts. zum Preise von 280 M für ein Zwanzigmarkstück und 140 M für ein Zehnmarkstück. Die Reichsbank zahlt ferner für 1 kg Feingold 40000 M und für ausländische Goldmünzen entsprechende Preise.

Künstlerabend in Rastätten. Für den am Sonntag, den 19. Juni, stattfindenden großen Künstlerabend gibt sich bereits ein reges Interesse kund. Der Violinmeister Selmar Victor eröffnet den Abend mit dem herrlichen Konzert von Wieniawski. Im weiteren Verlauf des Abends wird der vorreffliche Künstler klassische Stücke alter Meister von Bach, Mozart, Haydn, Weber und Beethoven von Nadez zum Vortrag bringen. Der weltbekannte Wiesbadener Mezzosopranist Nicola Grise-Winkel von der Staatsoper in Wiesbaden (früher Kgl. Hoftheater) wird die Heiling-Arie aus der Oper Hans Heiling von Marbacher, Arie des Figaro aus der Oper „Der Barbier von Sevilla“ von Rossini und Lieder von R. Schumann zum Vortrag bringen. Die Pianistin Kränlein W. Leue wird außer den Begleitungen noch Solostücke für Klavier von Chopin und Liszt vortragen. Da diese Veranstaltung ein künstlerisches Ereignis allerersten Ranges sein wird, so ist mit einem ausverkauften Hause sicher

zu rechnen. Karten sind im Vorverkauf im ...

\* Buch, 15. Juni. Am Montag Nachmittag ...

B. Niedermeilingen, 13. Juni. Begünstigt ...

„Sie gaben ihr Alles, ihr Leben, ihr Blut, ...“

Nach dem Schluß der Rede fiel die feldgraue ...

\* Marienfels, 12. Juni. Vor 25 Jahren ...

Vereins die erschienenen Sangesbrüder, Festungs- ...

„Dem Wahren, Guten Schönen ...“

o Marienfels, 14. Juni. Am Festsonntag ...

o Ruppertshofen, 15. Juni. Ein dahier ...

o St. Goarshausen, 15. Juni. Durch ...

\* Viebrich, 14. Juni. Steckbrieflich verfolgt ...

Spd. Bingen, 14. Juni. Als erstes ...

\* Hochheim, 14. Juni. Die hiesige Turn- ...

Spd. Gelnhausen, 14. Juni. In den Räumen ...

Vermischtes.

\* Verbrecherlicher Anschlag auf einen ...

\* Ein Raubüberfall auf der Eisenbahn. ...

\* Ein früherer deutscher Offizier als ...

Fahre lang im Felde stand, verhaftet worden. ...

\* Wieder einer! Nach einer Meldung ...

\* 240 Menschen ertrunken. Der Dampfer ...

\* Furchtbarer Sturm in Nordspanien. ...

\* Die Weltstadt. Eine große internationale ...

\* St. Bürokratie Nachsicht für Süß. ...

\* Ihrem Antrag auf Erlass der Steuer ...

\* Hochwasserkatastrophe in Nieder-De- ...

\* Eisberge im Atlantischen Ozean. Von ...

durch die die Strömung der Eisberge fest- ...

\* Londoner Arbeitslose im Luxusur- ...

o Die Honigernte ist in diesem Jahre ...

Berichtliches.

\* Ramdohr freigesprochen. Der Stu- ...

Der Prozeß gegen den Obersten Stei- ...

\* Sondergerichtsurteile. Als Hauptbe- ...

\* Ein Mörderpaar zum Tode verur- ...

\* Ein Vierteljahrhundert prozessiert hat ...

Handel und Verkehr.

\* Kohlennot infolge des ober-schlesischen ...

\* Der Maismarkt in Deutschland. ...

\* Eisberge im Atlantischen Ozean. Von ...

Sommerproffen - weg!

Lebensgefährlichen teile unentgeltlich mit, auf ...

